



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

III/167 - 21.7.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Eine notwendige Antwort	S. 1
Nachwort zum Stockholmer Sozialistenkongress	S. 3
Die Arbeit der Frauen-Internationale	S. 5

Spiel mit tödlichem Risiko

F.R. Es ist seit langem klar, dass die CDU als die Partei des Kanzlers und festeste Stütze seiner Regierung ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie vor allem mit der Behauptung zu führen beabsichtigt, die SPD sei eine Art Wegbereiterin des Kommunismus, ganz so, wie es seinerzeit Hitler tat.

Die neueste Abwandlung dieser Melodie findet sich im Pressedienst der CDU-CSU. Der Kern der Ausführungen besteht in folgenden Behauptungen: In der Haltung von Presse und Rundfunk der Sowjetzone sei in den letzten Wochen gegenüber der SPD eine bemerkenswerte Wandlung eingetreten, man finde kein Wort der Verunglimpfung mehr. Hinter diesem politischen Manöver stehe Semjonow, denn natürlich tue niemand in der SBZ etwas, was die Sowjets nicht wünschten. Das alles sei kein Wunder, denn schliesslich passe die SPD-Forderung, dass die Wiedervereinigung einer Integration Europas voranzugehen habe, besser in den politischen Terminkalender der Sowjets als die Konzeption des Kanzlers, die in der Integration Osteuropas ein sicheres Unterpfand vor der erdrückenden "brüderlichen Umarmung durch den russischen Bären" sehe. Drei Tage vorher, am 17. Juli, hatte der Schnelldienst des Deutschen Industrie-Institutes angebliche kommunistische Mahlanweisungen zur "Schonung der SPD" ausgegeben. Der Zusammenhang ist klar.

Dazu einige Bemerkungen:

1. Offensichtlich nimmt der Dienst der führenden Regierungspartei an, dass man in Westdeutschland die Veröffentlichungen in der Sowjetzone nicht liest. Denn drei Tage vor dem oben kurz zusammengefassten Elaborat hatte das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" auf der ersten Seite einen drei Spalten langen Artikel veröffentlicht, der eine einzige wütende Auseinandersetzung mit den "Schumacher-Heuten" war, mit dem Ostbüro der SPD und mit den Sozialdemokraten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Es wurde geradezu zu einer neuen Jagd auf alle sozialdemokratischer Gesinnung Verdächtigen aufgerufen. Da, nach Meinung der CDU, in der Sowjetzone nichts geschieht, was nicht die eigentlichen Herren in Moskau oder Karlshorst wünschen, muss das wohl auch in diesem Falle zutreffen. Der Artikel im "Neuen Deutschland" straft in jedem Satz den Verdächtigungen der christlich-demokratischen Veröffentlichung Lüge. Von Widerstandskämpfern aus dem Lager der bürgerlichen Parteien ist in ihm mit keinem Wort die Rede - es gibt sie ja auch nicht. Auf dem Hintergrund dieses Artikels im "Neuen Deutschland" wirkt die CDU-Voraussetzung, Pankow werde vermutlich alsbald ehemalige SPD-Funktionäre "wenigstens vorübergehend an entscheidende Stellen des Staatsapparates" bringen, absurd.
2. Die Sozialdemokratische Partei hat seit Jahr und Tag mit grösster Nachdruck erklärt und durch ihre politische Praxis bekräftigt und bewiesen, dass sie die schärfste Gegnerin des Kommunismus ist. Sie lehnt dessen Ziele und Prinzipien ebenso wie die Methoden des Kommunismus ohne Vorbehalt ab.
3. Die Gefahr der "brüderlichen Umarmung durch den russischen Bären" ist überall dort in Europa ein brennendes Problem, wo eine äusserlich starke christlich-demokratische Partei mit ihren sozialrückschrittlichen Tendenzen regierungsbestimmend ist, wie in Frankreich und Italien. Sie ist überall dort vollkommen verschwunden, wo es eine starke sozialdemokratische Partei gibt, die entweder lange Jahre regierungsbestimmend war oder noch ist und die durch ihre praktische Arbeit der kommunistischen Agitation den Boden entzog, wie in Grossbritannien oder den skandinavischen Staaten. Sie ist auch in der Bundesrepublik verschwunden und zwar t r o t z der Regierung Adenauer, weil ungezählte Millionen am eigenen Leibe oder durch Verwandte und Freunde ihre persönliche Erfahrung mit dem Kommunismus gemacht haben und ihre Hoffnungen auf eine fortschrittliche Politik in Freiheit allein auf die Sozialdemokratie setzen.
4. Die Sowjets wollen - so besagt die Veröffentlichung im CDU-Dienst die Wiedervereinigung Deutschlands zuerst und die SPD wolle das auch; da sehe man, sozusagen, den Gleichklang der Seelen. Unterschoben wird dabei, als wollten beide sie mit dem gleichen Ziel, und darin liegt die eigentliche Bösartigkeit. Gleichzeitig wird aber ausdrücklich zugegeben, dass die Regierung Adenauer zuerst die Integration, einschliesslich der deutschen Aufrüstung, wolle. Das aber schliesst ein, dass sie ein positives Ergebnis der Viererkonferenz mit dem Ziel einer weitgehenden Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung gar nicht erwartet, ja nicht

einmal wünschen kann. Denn der deutsche Mehrbeitrag, der nach Auffassung der Regierung unbedingt vor einer Wiedervereinigung geleistet sein muss, wird, auch nach Feststellungen von Seiten der Bundesregierung und ihres Hauptexperten Blank, frühestens in zwei Jahren effektiv sein.

An diesem Punkt wird die ganze Unaufrichtigkeit der Regierung bei ihren angeblichen Bemühungen um eine Viererkonferenz, die auch erfolgreich sein soll, vor aller Augen sichtbar. Der tiefere Zweck ihrer Versuche, die SPD zu verdächtigen, ist es, die Furcht des westlichen Auslandes vor einem wiedervereinigten Deutschland, in dem die SPD die führende Rolle spielen könnte, zu wecken und wach zu halten. Natürlich kann und soll diese Furcht nicht die Bereitschaft der westlichen Welt erhöhen, im Sinne der deutschen Einheit wirksam zu werden.

5. Die Regierung Adenauer glaubt - das gibt die eingangs erwähnte Verlautbarung offen zu - dass das deutsche Volk, diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges, nicht instande und vielleicht sogar nicht willens sei, einer sowjetischen Infiltration zu widerstehen. Denn d a r a n denkt sie bei dem Wort von der brüderlichen Umarmung und nicht an einen militärischen Angriff Moskaus, den sie nach einer mehrfach geäußerten Ansicht ja heute schon als nicht mehr wahrscheinlich oder auch nur möglich hält, obwohl es noch keinen deutschen Soldaten gibt. Unter diesen Umständen liegt in der Behauptung von der angeblichen deutschen Anfälligkeit gegenüber dem Kommunismus, gerade nach den Ergebnissen des 17. Juni, die für die ganze übrige Welt ein Beweis für den unerschütterlichen deutschen Freiheitswillen waren, eine beleidigende Verdächtigung des g a n z e n deutschen Volkes. Das sollte man sich merken.

Eine andere Gefahr, ja ein tödliches Risiko liegt schliesslich in einer Politik, die nichts anderes weiss, als kasserste militärische Kraftentfaltung und die Drohung damit am Tage X. Das Risiko, dass auf diese Weise an eben diesem Tage der Funke überspringen kann, durch den die Welt erneut in Brand gerät, wird durch diese Politik sträflich missachtet. Nachher will es wieder niemand gewesen sein.

+ + +

Der 17. Juni beherrschte Stockholm

H.p. Die Tagung der Sozialistischen Internationale in Stockholm war in ihren Diskussionen über die internationale Lage als auch über die europäische Zusammenarbeit von den Ereignissen des 17. Juni in der Sowjetzone Deutschlands und Ostberlins beherrscht. Fast jeder Redner hielt es für eine ehrenvolle Verpflichtung, die Bedeutsamkeit dieses Ereignisses zu würdigen, die schliesslich ihren Niederschlag in einer Grussbotschaft an die Arbeiter in der Sowjetzone fand. Unter dem starken Eindruck der Tatsache, dass sowohl in der sowje-

tisch beherrschten Zone Deutschlands aber auch in anderen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang der Widerstand gegen das totalitäre Regime an Kraft zunimmt, hielt es der Kongress für notwendig, zu erklären, "dass der Frieden, der in erster Linie durch den sowjetischen Expansionswillen bedroht war, nur durch beharrliche Verhandlungen herbeigeführt werden kann."

Der Kongress tagte zu einer Zeit, als der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten das Neue in der internationalen Situation erkenntlich machte. Das Neue, das darin besteht, zum jetzigen Zeitpunkt alles zu tun, um durch Verhandlungen festzustellen, auf welche Art und Weise eine Entspannung der Welt erreicht werden kann. Der Kongress war sich darin einig, dass die Verschiebung der Viermächtebesprechungen bis nach den Bundestagswahlen in jeder Weise ungerechtfertigt ist. Die Koalitionsbedürfnisse der Adenauer-Regierung dürfen nicht die Beschleunigung, zu einem Verständnis zu kommen, behindern.

Daher heisst es in der Resolution, der Kongress sei der Ansicht, "dass diese Konferenz noch früher als zu dem vorgeschlagenen Zeitpunkt stattfinden sollte und dass sie den Interessen aller betroffenen Völker Rechnung tragen müsste". Die Sozialistische Internationale stellte sich in ihrer Resolution eindeutig hinter den von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vertretenen Standpunkt, in dem sie die "Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen in den vier Besatzungszonen Berlins" fordert (gewährleistet durch eine Viermächtekonferenz), "die Errichtung einer freien Regierung als Ergebnis dieser Wahlen und die volle Freiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland, in einem demokratischen Europa mitzuarbeiten."

Neben der Diskussion über die internationale Lage hat vor allem die Frage des Kolonialismus den Kongress ausführlich beschäftigt. Es ist bezeichnend, dass eine grosse Anzahl repräsentativer Persönlichkeiten asiatischer sozialistischer Parteien anwesend waren, die dem Kongress mehr als je zuvor das Gepräge einer wirklichen internationalen Gemeinschaft gaben. So waren ausser den Mitgliedsparteien der Internationale, nämlich den Rechts- und Linkssozialisten Japans, Indiens und Malayas auch Vertreter aus Burma, Indonesien und Pakistans anwesend. Selbst Vertreter von Tunis nahmen Anteil an der Debatte

über den Kolonialismus. Die Aussprache führte zu einer einstimmig angenommenen Entschliessung, die die Abschaffung des Kolonialsystems jeder Prägung als ein Hauptziel des demokratischen Sozialismus verlangt. In einer Reihe von Einzelforderungen wurden die besonderen Probleme Asiens und Afrikas angesprochen, mit dem Ziel, diesen Gebieten zu einer echten demokratischen Unabhängigkeit und Selbstverwaltung zu verhelfen.

Vier Tage lang haben rund einhundertzwanzig Delegierte aus über dreissig Ländern mit den Problemen des Tages gerungen. Naturgemäss hat die Diskussion über die internationale Situation einen sehr grossen Raum eingenommen. Die Anwesenheit der asiatischen Sozialisten hat dazu geführt, dass sich die Konferenz nicht wie bisher in so hohem Masse mit rein europäischen Fragen beschäftigen musste. Ein vorläufiger Ausgleich zwischen den Interessengebieten aller beteiligten Parteien wurde gefunden und hat wesentlich dazu beigetragen, die Standpunkte der Mitgliedsparteien sowohl abzugrenzen wie zu einer positiven Klärung zu bringen. Die einstimmige Verabschiedung der wichtigsten Resolutionen nach ausgedehnten Beratungen im Ausschuss hat bewiesen, wie sehr die demokratischen Sozialisten aller Länder in ihrer Grundhaltung übereinstimmen und wie gross die Bereitschaft ist, das durch Kriege und nationale Unterdrückung hervorgerufene Misstrauen zu beseitigen. + + +

Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Stockholm

H.G. Aus allen westeuropäischen Ländern, aus Israel, aus Japan, aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang trafen am 12. und 13. Juli sozialistische Frauen, um zwei Fragen zu behandeln, die für alle sozialistischen Parteien von Bedeutung sind: 1. die politische Werbe- und Erziehungsarbeit unter den Frauen der einzelnen Länder und 2. die Stellung von Frau und Familie auf dem Lande. In der Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes spiegelte sich die Verschiedenheit der Nationalcharaktere und zu einem gewissen Grad auch die Stellung, die die Frauen in den Parteien ihrer Länder einnehmen. Während die Österreicher vorbildlich sind in der Veranstaltung von grossen Massenaktionen, von allen Werbemethoden, die besonders das Gefühl der Frauen ansprechen, sind die Skandinavier und Briten mehr für sachliche Kleinarbeit. Während in Israel gerade die Frauen auf dem Lande die politische Avantgarde der sozialistischen Mapai-Partei

darstellen, sind es in Deutschland die Arbeiterinnen und in Japan wieder steht die Frauenarbeit der Sozialdemokratischen Partei noch sehr in ihren Anfängen. Jedenfalls gab der Erfahrungsaustausch und eine ausgezeichnete Ausstellung des Propagandamaterials der einzelnen Länder allen Teilnehmern wichtige Anregungen für ihre eigene Arbeit.

Zu der Frage "Die Stellung von Frau und Familie auf dem Lande" gab Rits de Bruyn, Holland, eine sehr gute Einleitung. Obwohl in einer ganzen Reihe von Ländern die Arbeits- und Sozialgesetzgebung in Stadt und Land nicht unterschiedlich ist, sieht es mit der praktischen Anwendung sehr oft nicht so einheitlich aus. Vor allem ist die Stellung der Frau auf dem Lande ungleich in der Stadt, Arbeits- und Wohnverhältnisse, sanitäre und kulturelle Einrichtungen, Gesundheitsdienst und Schulverhältnisse sind in manchen sonst fortschrittlichen Ländern oft noch erschreckend primitiv. Alle Delegierten waren deswegen besonders beeindruckt von dem Bericht der israelischen Delegierten über die Verhältnisse in den palästinensischen Genossenschaftssiedlungen, die ja in ihrer Fortschrittlichkeit weltbekannt sind.

Klara Kälin, die Witwe des ersten lettischen Staatspräsidenten, gab einen sehr eindrucksvollen Überblick über die Frauen in den russischen Kolchosen und Sowchosen.

Die Konferenz nahm eine Entschliessung an, in der die sozialdemokratischen Parteien aller Länder aufgefordert werden, sich gegen jede noch bestehende Benachteiligung der Landbevölkerung zu wenden und sich insbesondere für verbesserte Wohnverhältnisse und soziale Leistungen einzusetzen. In der Entschliessung wird weiter darauf hingewiesen, dass die besten sozialen Bedingungen für die Landbevölkerung in jenen Ländern bestehen, in denen es sozialistische Regierungen gibt oder in denen Sozialisten einen entscheidenden Einfluss auf die Regierungen haben.

Die Konferenz sandte eine Grussbotschaft an die Arbeiterinnen der Ostzone und Ostberlins und an die Frauen in allen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang. Der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Morgan Philipps, wandte sich in einem Brief an die Ungarische Regierung und forderte die Freilassung der alten Sozialistenführerin Anna Kethly.

Diese Konferenz der internationalen sozialistischen Frauen in Stockholm war Ausdruck des wachsenden Einflusses der Frauen in den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder und der Möglichkeiten, die die Frauen innerhalb der Internationale haben, die Diskussion um bestimmte Fragen anzuregen und voranzutreiben.